

Wahlfreiheit in der Pensionskasse

Diskussion über selbstbestimmte Anlagestrategien von gut verdienenden Versicherten

Michael Ferber · Im «Zwangssparsystem» der Pensionskassen können die Schweizer bei der Anlage der Gelder wenig mitreden. Allerdings bieten seit 2006 einige Vorsorgeeinrichtungen ihren Versicherten die Möglichkeit, Anlagestrategien selbst mitzubestimmen – für Lohnteile oberhalb der Summe von 126 360 Fr. ist dies möglich. Die Regelung hat in der Politik weiterhin ihre Gegner. Zudem gibt es noch gesetzliche Hindernisse. Derzeit erhalten Versicherte, die ihre Pensionskasse verlassen, nämlich zwangsläufig die minimale Austrittsleistung, wie sie gemäss dem Freizügigkeitsgesetz (FZG) berechnet wird.

Änderung des Gesetzes nötig

So könnten Versicherte beim Austritt allfällige Gewinne aus einer riskanteren Anlagestrategie «mitnehmen», allfällige Verluste aber dem verbleibenden Kollektiv anlasten, sagte Colette Nova, Vizedirektorin des Bundesamts für Sozialversicherungen (BSV), an einer Veranstaltung des Vereins Vorsorgeforum in Zürich. Auf diese stossende Situation hat SVP-Nationalrat Jürg Stahl bereits

im Jahr 2008 mit einer Motion reagiert und die Änderung des FZG gefordert. Diese soll das Hindernis beseitigen und die Flexibilisierung in der Wahl von Anlagestrategien ermöglichen.

Mehr als vier Jahre später hat der Bundesrat nun im vergangenen Oktober eine Änderung des FZG in die Vernehmlassung geschickt. Gemäss dieser sollen Pensionskassen Versicherten mit selbstgewählter Anlagestrategie bei deren Austritt aus der Einrichtung den effektiven Wert des Vorsorgeguthabens mitgeben können. Der Vorschlag fordert dabei, Versicherte müssten über Risiken und Kosten der Anlagestrategie informiert werden – und wie sich an dem Anlass zeigte, sorgt vor allem eine weitere Passage für rote Köpfe in der Branche: So soll der (Ehe-)Partner zustimmen müssen, dass er die entsprechenden Informationen erhalten hat, wenn sich der Versicherte für eine Anlagestrategie ohne Garantie des Mindestbetrags entscheidet.

Markus Moser von der Pensionskasse Novartis sagte dazu, dieser Punkt sei nicht praktikabel. Er wisse nicht, wie die Pensionskasse, bei der die betroffenen

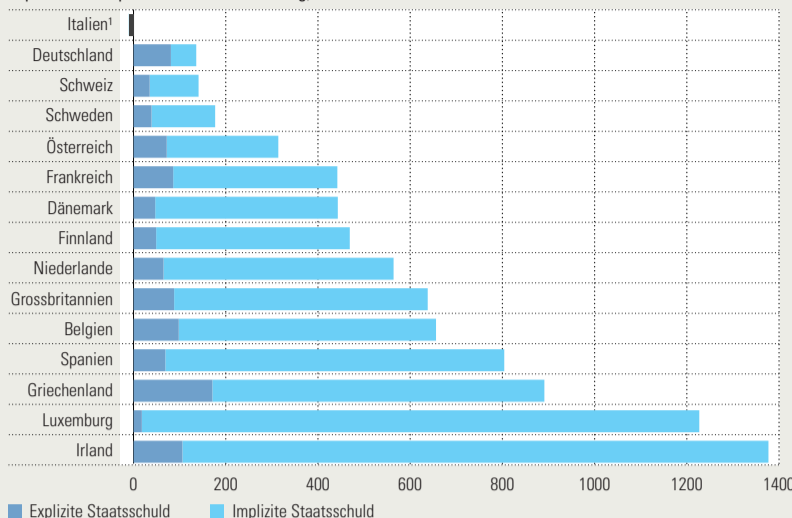
den Versicherten ihre Allokation über ein elektronisches Tool vornehmen, solchen Unterschriften «hinterherrennen» solle. Der Pharmakonzern bietet Versicherten mit einem Jahresgehalt von mehr als 150 000 Fr. solche Mitbestimmungsmöglichkeiten bei der Anlagestrategie an. Moser nannte dazu auch Zahlen. Bis Ende Dezember 2012 hätten 853 Versicherte bei den Pensionskassen Novartis eine solche Selektion vorgenommen, 4480 hätten die Möglichkeit dazu. Die Performance sei bisher gut. Hochqualifizierte ausländische Mitarbeiter seien Wahlmöglichkeiten bei der beruflichen Vorsorge gewohnt, sagte Moser.

«Wildwest-Mentalität» gerügt

Für Aufregung sorgte die Aussage Novas, bei den neuen Vorsorgeplänen scheine teilweise eine «Wildwest-Mentalität» zu herrschen. Manche Dienstleister hätten «Anbieter-gesteuerte» Produkte im Angebot, die vor allem hohe Gebühren generieren sollten und elementare Grundsätze des Vorsorgerechts verletzen.

Die Nachhaltigkeitslücke im europäischen Vergleich

Explizite und implizite Staatsverschuldung, in % des BIP



¹ Italiens «negative» Nachhaltigkeitslücke (also de facto ein Nachhaltigkeitsüberschuss) resultiert aus einer expliziten Staatsverschuldung von 121% des BIP und dem impliziten Staatsüberschuss von 123% des BIP.

QUELLE: EUROPÄISCHE KOMMISSION, AMECO DATABASE, EUROSTAT, EFO, FORSCHUNGSZENTRUM GENERATIONENVERTRÄGE NZZ-INFOGRAFIK/saf

DIE WIRTSCHAFTSPOLITISCHE GRAFIK

Der Staatsschulden-Eisberg

Gravierende Nachhaltigkeitslücken

G.S. · Eigentlich ist das, was man in der europäischen Schuldenkrise halbwegs deutlich erkennen kann, schlimm genug. Für 2012 betragen die expliziten Staatsschulden in Griechenland rund 170% des Bruttoinlandsprodukts (BIP), in Italien etwa 120%; in Irland und Belgien bewegen sie sich um die 100%. Das sind an sich schon gewaltige Beträge. Und selbst in den «Stützen» der EU, in Grossbritannien, Frankreich und Deutschland, bewegen sie sich zwischen 90% und 80%. Weil die Staatsquoten sich im grossen Ganzen irgendwo zwischen 40% und 50% bewegen, bedeutet das, dass selbst die Einäugigen unter den Blinden, wollten sie den Schuldenberg abtragen, etwa zwei Jahre lang keinerlei Staatsleistungen erbringen, den Beamten keine Löhne zahlen, die staatlichen Schulen schliessen und den öffentlichen Verkehr abstellen müssten usw. Anders ausgedrückt: Die Staaten müssten ihre Haushalte während 20 Jahren um 10% trimmen, um denselben Effekt zu erreichen. So sehr haben alle Staaten über ihre Verhältnisse gelebt.

gleich» (Moog & Raffelhüschen, 2011) ausgerechnet, was es brauchte, um diese Nachhaltigkeitslücken zu schliessen, also um wie viel die Staatsausgaben dauerhaft (nicht nur in einem Jahr) verringert oder die Staatseinnahmen dauerhaft erhöht werden müssten, um langfristig die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen zu sichern. Für die Euro-12-Staaten kam sie dabei im Durchschnitt auf 5,1% des BIP (nicht etwa des Staatshaushalts), für den Spitzenreiter Griechenland auf 176%, für Luxemburg auf 12,0%, für Frankreich auf 4,3%, für Österreich auf 4,8%, für Deutschland auf 4,0% und für Italien auf 2,4%. Die Unterschiede in den Rangordnungen zwischen Nachhaltigkeitslücke und Konsolidierungsbedarf haben in erster Linie mit der Bevölkerungsdynamik zu tun. Wenn die Bevölkerung schrumpft, wie das für Deutschland erwartet wird, verteilt sich die Schuldenlast auf weniger Schultern.

Italien schlägt Deutschland

Die Grafik vermittelt wichtige weitere Einsichten: Erstens sagt die normalerweise im Vordergrund von volkswirtschaftlichen Analysen stehende explizite Schuld wenig aus über die wirkliche Lage des Landes. Italien etwa kompensiert seine explizite Schuld durch Guthaben auf der impliziten Seite und weist daher in Summe keine Schuld aus. In Sachen finanzielle Nachhaltigkeit steht Italien sehr gut da. Auf der anderen Seite fallen Länder, die nur eine sehr geringe explizite Schuld aufweisen (gemessen am BIP), deutlich zurück, wenn man die implizite Schuld berücksichtigt, Luxemburg etwa auf die zweitletzte Stelle. Auch die Schweiz zählt zu jenen Ländern, die bei der expliziten Schuld besser dastehen als bei der impliziten.

Zweitens ist bei den dargestellten Ländern mit Ausnahme von Italien und Deutschland die implizite Schuld immer wesentlich grösser als die explizite. Oft ist die eine ein Mehrfaches der anderen. Drittens muss man unter Einbezug dieser «unsichtbaren» Schulden das Bild über die Schuldensituation einzelner Länder wohl etwas revidieren.

Im unteren Drittel der Grafik befinden sich zwar die «usual suspects», aber daneben gibt es doch Überraschungen wie das bereits erwähnte Luxemburg. Frankreich befindet sich in der schlechteren Hälfte, und auch Österreich brilliert nicht, während ausgerechnet das vielgeschmähte Italien an der Spitze steht, sowohl wegen des geringen erwarteten Anstiegs der Renten- und Pflegeausgaben als auch wegen des relativ hohen Primärüberschusses. Doch selbst Italien muss achtsam sein, denn ein Anstieg der Zinsen und ein schwaches Wachstum könnten rasch dazu führen, dass der Primärsaldo nicht ausreicht, den Schuldenberg auch nur stabil zu halten – von den anderen Staaten ganz zu schweigen.

G. S. (Gerhard Schwarz) war während 16 Jahren Leiter der NZZ-Wirtschaftsredaktion. Seit 2010 ist er Direktor von Avenir Suisse.

Swiss Life forciert Hypothekengeschäft

Versicherer in fremden Gefilden

kut. · Die Swiss Life möchte das Geschäft mit Hypothekendarlehen innerhalb der Schweiz ausbauen. Wie Vertreter der Lebensversicherungsgesellschaft am Freitag vor den Medien erklärten, sollen künftig vermehrt Festhypotheken mit einer Laufzeit bis zu 25 Jahren vergeben werden. Da der Lebensversicherer im Bestand viele Policen mit langen Laufzeiten hat, böte es sich an, auch in diesem banknahen Geschäftsfeld zu expandieren. Im internationalen Vergleich ist die Quote für Wohneigentum in der Schweiz mit knapp über 30% bekanntlich tief. Daher auch sieht der Versicherer gerade hier Wachstumspotenziale. In Deutschland und Frankreich betragen die Referenzwerte über 40% beziehungsweise 50%.

Das Angebot richtet sich an Privatpersonen. Eingeräumt werden soll eine maximale Belehnung von 80% des Verkehrswertes, wobei die Swiss Life bei der Bestimmung der Werte auf eigene Schätzungen zurückgreift. Neben den üblichen 20% Eigenmitteln, wovon gemäss Mindeststandards der Finanzmarktaufsicht Finma 10% in bar geleistet werden müssen, hat der Lebensversicherer zusätzliche Kriterien zur Darlehensgewährung. So seien aus aufsichtsrechtlichen Gründen nur Liegenschaften in gutem Zustand und keine Ferien- oder Liebhaberobjekte beliehbar.

Solide Zuger Kantonalbank

Deutlich verbessertes Zinsergebnis

ti. · Die Zuger Kantonalbank hat sich in einem schwierigen Umfeld gut gehalten und ein gegenüber dem Vorjahr geringfügig höheres operatives Ergebnis erzielt. Auf der Ertragsseite sticht das solide Ergebnis im Zinsgeschäft hervor. Der Zinserfolg stieg sichtlich um 2,4% (Hypothekenausleihungen +4,2%), nachdem er 2011 noch um 4,4% zurückgefallen war. Aber auch das Kommissions- und Dienstleistungsgeschäft (+2,3%) konnte zulegen. Weil den um 0,9% höheren Gesamterträgen eine überproportionale Zunahme der Kosten um 1,7% gegenüberstand, legte der Bruttogewinn «nur» um 0,3% zu.

Die Kostensteigerungen sind gemäss der Bank ausschliesslich auf einen Beitrag von 4 Mio. Fr. an die Finanzierungsstiftung der Bank, ein Vorsorgewerk, zurückzuführen, der dem Personalaufwand belastet wurde. In der Vergangenheit waren die Beiträge an die Stiftung stets dem ausserordentlichen Aufwand belastet worden. Ohne diesen Kostenfaktor wäre der Personalaufwand gegenüber dem Vorjahr sogar gesunken. Den höheren Personalkosten zum Trotz blieb die an der Kosten-Ertrags-Relation von 45,8 (i. V. 45,4%) gemessene betriebliche Effizienz im Branchenvergleich hoch. Nach deutlich gestiegenen Wertberichtigungen und sichtlich tieferen ausserordentlichen Belastungen verblieb unter dem Strich ein leicht um

Zuger Kantonalbank in Zahlen				
Geldwerte in Mio. Fr.				
	2010	2011	2012	± %
Betriebsertrag	216,1	210,8	212,7	0,9
Zinserfolg	158,8	151,7	155,4	2,4
Kommissionserfolg	42,1	40,7	41,7	2,3
Handelserfolg	11,5	14,7	12,9	-12,3
Geschäftsaufwand	94,4	95,7	97,4	1,7
Bruttogewinn	121,7	115,0	115,4	0,3
Jahresgewinn	61,1	61,0	61,2	0,3
Kosten-Ertrags-Verhältnis (%)	43,7	45,4	45,8	-
Kundenausleihungen	9 228	9 996	10 435	4,4
davon Hypotheken	8 567	9 314	9 701	4,2
Kundengelder ¹	7 462	8 055	8 304	3,1
Eigenkapital (Tier 1, %)	17,7	17,4	17,4	-

¹ Verpflichtungen gegenüber Kunden und Kassenobligationen.

0,3% höherer Jahresgewinn. Den Aktionären soll eine unveränderte Dividende von 175 Fr. je Aktie ausgeschüttet werden. Für das laufende Jahr rechnet die Bank mit einer weiter schrumpfenden Zinsmarge, was nicht ohne Auswirkungen auf das Zinsergebnis bleiben wird. Steigende Kommissionserträge werden diese Ausfälle auf absehbare Zeit nur teilweise kompensieren. Trotzdem hält die Bank für 2013 an einem verhalten positiven Ausblick fest.

In den kommenden Monaten will die Bank abklären, wie viele ihrer Kunden aufgrund der jüngsten Rechtsprechung Anspruch auf eine Rückerstattung von Retrozessionen haben.

Vasella erhält Zahlung für Konkurrenzverbot

ai. · Daniel Vasella wird wohl auch nach seinem Rückzug aus dem Verwaltungsrat (VR) von Novartis (NZZ 24. 1. 13) die Gemüter bewegen. Wie an der Bilanzpressekonferenz vom Mittwoch bekanntgegeben wurde, wird er einem fünfjährigen Konkurrenzverbot unterliegen und dafür eine Zahlung in unbekannter Höhe erhalten. Die FDP nimmt diese mutmassliche «Vergoldung» des Rücktritts zum Anlass, um auf eine weitere Schwäche der «Abzocker»-Initiative von Minder hinzuweisen; juristisch, schreibt die Partei, handle es sich bei dieser Kompensation nicht um eine Abgangsschädigung, weshalb sie bei Annahme des Volksbegehrens von Minder nicht zu verhindern wäre. Mit dem Gegenvorschlag jedoch wäre es der GV möglich, im Vergütungsreglement solche Abgeltungen auszuschliessen. Wie aus dem Geschäftsbericht hervorgeht, hat Vasella 2012 als VR-Präsident eine Entschädigung von 13,07 Mio. Fr. bezogen.

ANZEIGE

www.haugpartner.ch



haug & partner wealth management

Wohlstand bedeutet nicht nur Geld:
Wir betreuen mehr als Ihr Vermögen.

Caspar A. Hungerbühler ist neuer Partner in Zürich.

haug & partner ag, Bellerivestrasse 18, CH-8034 Zürich
Telefon +41 44 380 46 16